# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1917 Nr. 337 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreigespalten. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Familienbeilage), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Jllustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

**Zweite Ausgabe**

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 29512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7501 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Geschäftsleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. Simon, Halle

**Donnerstag, 5. Juli 1917**

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)


# Heftige russische Angriffe bei Brzezany blutig abgewiesen

## Glückliche Erfolge an der West- und Ostfront

**Berlin, 4. Juli.** Während es an der flandrischen und an der Arras-Front am 3. Juli ruhig blieb, setzten an der Aisne-Front die Franzosen am Abend des 3. Juli neuerlich zu mehreren unglücklichen Gegenangriffen an. Nachdem das Artilleriefeuer tagsüber verhältnismäßig gering gewesen war, steigerte es sich gegen Abend und wuchs bis 10 Uhr zum Trommelfeuer an, dem Angriffe auf den linken Flügel der neuen deutschen Stellung bei Cerny folgten. Die angreifenden Franzosen brachen im Feuer zusammen. Aus eigenem Antrieb stießen zwei deutsche Kompagnien den Fliehenden nach und schoben an dieser Stelle die eigene Linie weiter vor. Ungefähr zur gleichen Zeit füllten sich weiter westlich im Bovelle-Rücken die französischen Gräben mit Sturmtruppen. Sobald dies die gegenüberliegende deutsche Grabenbesatzung bemerkte, brach sie aus ihren Gräben heraus, griff den zum Angriff bereitgestellten starken Gegner überraschend an und zerstreute ihn. Um Mitternacht versuchten die Franzosen einen neuen Angriff bei Cerny, der gleichfalls unter blutigen Verlusten scheiterte.

An der Ostfront ist in der ganzen großen russischen Zwangsoffensive bereits am dritten Kampftage eine Pause eingetreten. Die Rücksichtslosigkeit, mit der hier die russischen Divisionen unter Leitung englischer und französischer Offiziere in den Kampf getrieben wurden, stand den blutigen Methoden der zaristischen Heerführung kaum nach, ja übertraf sie womöglich. Die zahlreichen Gefangenen, die eingebracht wurden, waren froh, dieser Hölle entronnen zu sein. Uebereinstimmend sagten sie aus, daß Kavallerie bereit stand, um die Weichenden wieder in den Kampf zu treiben. Am 3. steckte auf der ganzen russischen Front der Angriff. Lediglich bei Brzezany vermochten die Russen ihren Angriff zu erneuern. Das schauerliche Bild von der Frühjahrsoffensive 1916, wo die Angreifer regimenterweise fielen, wiederholte sich. Alles Einschieben frischer Kräfte half den Russen nichts weiter. Bereits den Vormittag über waren südlich Brzezany mehrere starke Angriffe zusammengebrochen. Um 1 Uhr nachmittags setzten auf die Stellungen nördlich der Bahn Brzezany—Tarnopol erneut starkes Feuer aller Kaliber ein. Gegen Abend griffen die Russen die Höhe von Brzezany an. Ein Russennest von Kompagniebreite war der ganze Erfolg der mit vielfacher Ueberlegenheit angesetzten Angriffe. Es ist jetzt größtenteils wieder gesäubert. Eigene Vorstöße in die russischen Stellungen am Westufer der Flota Lipa und bei Zwyzyn brachten Gefangene ein.

## Wie die Feinde ihre Luftsiege zählen

Die in den schweren Luftkämpfen der letzten Monate von uns abgeschossenen und gefangen genommenen zahlreichen feindlichen Flieger erwähnen häufig im Gespräch, daß sie die vornehme Kampfweise der deutschen Flieger anerkennen, die nach den Erfahrungen der Feinde den Gegner im Luftkampf nicht töteten, sondern durch überlegene Flug- und Schießkunst einschüchtern und zur Landung zwingen wollen. Ein gefangener Flieger erzählte kürzlich, daß er ein deutsches Flugzeug abgeschossen hätte. Es konnte ihm aber genau nachgewiesen werden, daß dies nicht der Fall war. Hierauf erklärte er, daß es auf der feindlichen Seite nicht als nötig angesehen wurde, den gegnerischen Führer oder das Flugzeug außer Gefecht zu setzen. Um Sieger zu sein genügt es, ihn zum „Niedergehen gezwungen" zu haben. Dies stimmt überein mit den verworrenen Meldungen der Abschußziffern der englischen Heeresleitung, worin sich die Zahl der angeblich abgeschossenen deutschen Flugzeuge aus drivon down (niedergezwungen), out of control (steuerlos niedergetrieben) und deströyed (zerstörten) zusammensetzt. Daß diese Art ist es natürlich leicht möglich, jeden Monat erstaunlich hohe Siegesziffern zu errechnen. In scharfem Gegensatz dazu ist bekanntlich die Zählart der deutschen Heeresberichte, die nur solche Flugzeuge als besiegt zählen, die auf unserer Seite herunterkamen, demnach in unsere Hände fielen oder über den feindlichen Linien einwandsfrei abgeschossen wurden und nach Bewachung unbeteiligter Zeugen brennend abstürzten oder zerschellten.

## Nötigenfalls die Todesstrafe für Kriegsgefangene

Anläßlich der in der letzten Zeit festgestellten Versuche von Kriegsgefangenen, das deutsche Wirtschaftsleben durch Zerstörung deutschen Eigentums (Sabotage) zu schädigen, mehren sich die Zuschriften, in denen Ratschläge erteilt werden, gegen Kriegsgefangene, die bei Ausführung solcher Verbrechen gefaßt werden, aufs strengste einzuschreiten. Von zuständiger Stelle werden wir darauf hingewiesen, daß von den Militärbehörden rechtzeitig die entsprechenden Maßnahmen angeordnet worden sind. Kriegsgefangene, die sich des erwähnten Verbrechens schuldig machen, werden aufs strengste, gegebenenfalls mit dem Tode bestraft.

## Bulgarischer Heeresbericht

**Sofia, 3. Juli.** Amtlicher Heeresbericht vom 3. Juli: Mazedonische Front: An der ganzen Front schwaches Artilleriefeuer, das im Wardartal lebhafter war. Bei dem Dorfe Alcak Mah wurde eine griechische Infanterie-Abteilung durch unsere vorgeschobenen Posten verjagt. Wir machten Gefangene, die dem griechischen Regiment Nr. 2 angehören. Auf dem linken Ufer der unteren Struma Gefechte zwischen Sicherungstruppen. Bei Jenikoej wurde eine englische berittene Abteilung durch Feuer zerstört. Der Feind ließ tote und verwundete Soldaten sowie Pferde zurück. In der Gegend von Batolia wurden drei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Rumänische Front: Bei Tulcea Gewehrfeuer.

## Abendbericht des Großen Hauptquartiers

**Berlin, 4. Juli, abends.** (Amtlich.) Weder im Westen noch im Osten größere Kampfhandlungen. Erfolgreiche eigene Fliegertätigkeit.

## Der österreichische Generalstabsbericht

**Wien, 4. Juli.** Amtlich wird verlautbart:

**Oestlicher Kriegsschauplatz**

Bei Brzezany wurden heftige Angriffe stärkerer feindlicher Kräfte blutig abgewiesen. Im Abschnitt südwestlich von Zborow haben die Russen nachts angegriffen.

Sonst auf allen Kriegsschauplätzen geringe Gefechtstätigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

## Die vorläufige Regierung an der Arbeit

**Petersburg, 4. Juli.** Die vorläufige Regierung hat beschlossen, eine besondere Abordnung in die Ukraine zu entsenden, um sich über die Lage zu unterrichten. Die Abordnung wird sich aus volkstümlichen Persönlichkeiten und den Hauptvertretern der politischen Parteien und Vereinigungen zusammensetzen.

Die vorläufige Regierung hat an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, in welchem sie alle Bürger auffordert, die persönlichen Interessen zu vergessen und sich wie ein Mann hinter der Armee zusammenzuscharen, die sich in Bewegung gesetzt hat, um die Revolution und das freie russische Volk zu retten. Anläßlich des Beginnes der Offensive hebt ein Tagesbefehl des Kriegsministers alle Urlaube in der Armee und der dahinter liegenden Zone mit Ausnahme der Krankenurlauber auf.

Die vorläufige Regierung richtete einen Aufruf an die russische Marine in welchem sie die Tätigkeit der feindlichen Flotte in den russischen Gewässern in der letzten Zeit betont und erklärt, sie sei überzeugt, daß die russische Marine ihre Pflicht gegenüber dem Volke tun werde, das sich der Gefahr bewußt ist, die Rußland bedroht. In dem Aufrufe heißt es ferner: Die russischen Seeleute werden alle Anstrengungen machen, in dem Kampf für die großen Ideale der russischen Demokratie. Die Armee hat schon die Offensive ergriffen. Ihre Selbstvernichtung rettet das Land vor einer Gefahr, die ihm von außen her droht. Die Marine wird ebenfalls beweisen, daß das große Geschenk der Freiheit uns nicht geschwächt, sondern im Gegenteil unsere Macht stärkte und uns zu neuen Taten antreibt.

Der Kongreß der Kosaken ganz Rußlands beendigte seine Tätigkeit. Er nahm zwei Entschließungen an. Die eine wendet sich gegen die Auflösung der Reichsduma, da sie eine Vergewaltigung der Grundgesetze Rußlands sein würde. Die andere besagt, daß die Proklamation der Ukraine die Unversehrtheit des Staates bedrohe. Die Kosaken erklärten daher, daß sie die Regierung bei allen Handlungen in dieser Frage tatkräftig unterstützen.

## Aus Angst vor der Anarchie

Die „Times" meldet aus Odessa: Offenbar besorgt, über die drohende Anarchie, veröffentlicht der örtliche Arbeiterrat einen eindringlichen Aufruf für Einigkeit und Disziplin in diesem kritischen Zeitpunkte.

Der ukrainische militärische Kongreß hat sich aufgelöst; seine Mitglieder sind zu den Truppenteilen zurückgekehrt.

## Die Unruhen in Holland

**Amsterdam, 4. Juli.** Die Blätter berichten, daß im Kattenburger Bezirk gegen Abend weitere Ausschreitungen stattfanden. Verschiedene Läden wurden geplündert. Gegen 11 Uhr abends ging die Polizei mit dem Revolver in der Hand zur Räumung der Straßen vor. Dabei wurden in der Oostenburger Voorstraat zwei Personen ernstlich verwundet. In der Umgebung des Gemüsemarktes kam es ebenfalls zu Zusammenstößen. Mehrere Burschen plünderten einige Läden. Polizei und Militär, die mit größter Geduld die Menge zum Auseinandergehen bewegen wollten, sahen sich schließlich genötigt, scharf vorzugehen, da sie von allen Seiten bedroht und angegriffen wurden. Das Militär feuerte. Vielejunge Burschen wurden getötet, eine größere Anzahl verwundet.

## Deutsche Kolonial- und Ueberseefragen

Von Oskar Schmidt-Ernsthausen

II.

Wir müssen bei einer in die Weltmarktsverhältnisse eingreifenden eigenen Kolonialproduktion als erschwerend berücksichtigen, daß jede kolonialwirtschaftliche Anstrengung unsererseits in rückwirkender Weise die Nutzbarmachung der weiten noch unbebauten Flächen Kanadas, Nord- und Südamerikas, Argentiniens, Indiens, wie einer Reihe anderer Länder nach sich ziehen und damit die Produktion der Welt mächtig steigern wird. Nur ein Beispiel: man trägt sich in England mit der Absicht, 200 000 000 Acker kulturfähiges Land in Alberta, Saskatchewan, Manitoba und Britisch-Kolumbien für 40 000 000 Pfd. Sterl. anzuwerben und die Bestellung sofort in Angriff zu nehmen (s. Bericht des „British Empire Development" Komitees Times. Januar 1917). Dies sind Länder, in denen, gestützt auf das Klima, weiße Arbeitskraft im Verein mit Erfahrung zu schnelleren Ergebnissen führen wird, als es schwarzer Hände Arbeit selbst in den üppigsten Tropengebieten zuwege brächte. Und warum schwarzer Hände Arbeit? Weil die Tropen ungeeignet für unsere landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sind, ganz abgesehen davon, daß wir auf Jahre hinaus keinen Ueberschuß an Bevölkerung für Auswanderungszwecke haben werden — und auch, weil bisher der überwiegende Teil unserer unternehmungslustigen Auswanderer mehr und mehr im Auslande Handel und Handwerk betrieb, denn der deutsche Ansiedler schlägt sein Dach dauernd und erfolgreich eben nur unter Lebensbedingungen auf, die seinen in der Heimat gewohnten zum wenigsten ähneln. Halten wir Umschau in den tropischen und subtropischen Ländern, so stoßen wir in den Hauptstädten nur auf Europäer, die sich dem Handel und Handwerk widmen, auf dem Lande nur ausnahmsweise auf eine weiße landwirtschaftliche Arbeitskraft — ein Verhältnis, das sich bei der Zunahme des Handels und der Verteuerung der Arbeitslöhne in heißen Klimaten verschärfen wird. Darüber hinaus verlangsamt sich in Ländern, wo Europäer nur die Aufsicht, Schwarze allein die Arbeit verrichten können, die landwirtschaftliche Entwicklung gegenüber jener in den gemäßigten und kalten Zonen, wo kulturfähiges Land von weißen Händen bearbeitet wird.

Das ist auch mit der Hauptgrund, warum in über 30jähriger Kolonialentwicklung der Prozentsatz unserer Kolonialprodukte im Verhältnis zu unserem Rohproduktenbedarf so gering, man möge sagen, so enttäuschend ausgefallen ist. Andererseits überschätzt man die Zukunftsmöglichkeiten. Selbst ein so guter Kenner Afrikas, als der sich Emil Zimmermann in seiner Schrift „Die Bedeutung Afrikas für die deutsche Weltpolitik" (Mittler und Sohn 1917) erweist, geht in seinem Optimismus zu weit, wenn er sich für unser Vaterland 10 Jahre nach dem Krieg eine Versorgung an Rohprodukten aus unseren eigenen Kolonien im Betrag von 600—700 Millionen Mark verspricht. Unter Zugrundelegung des Gesamtwertes des deutsch-afrikanischen Ein- und Ausfuhrhandels, der 1913 286 Millionen Mark betrug, erwartet er eine Steigerung auf 700 Millionen im Jahre 1920, auf eine Milliarde bis 1925, und allein eine 600—700 Millionen betragende Ausfuhr in 10 Jahren nach dem Krieg. Verführerisch wie diese Zahlen klingen, sind sie nicht stichhaltig. Zunächst belief sich der Gesamtwert des Handels 1913, abgesehen von Edelmetallen und Münzen, auf 276,4 Millionen, die sich in 136 Millionen Einfuhr und 140 Millionen Ausfuhr verteilten. Letztere schloß 59 Millionen Mark Wert an Diamanten aus Südwest ein, der bei der Frage der Rohproduktenversorgung Deutschlands nicht in Betracht kommen kann. Somit verbleiben für unsere Zwecke 81 Millionen Ausfuhr, wodurch sich das Bild ganz wesentlich ändert. Anstatt 350 Millionen im Jahr 1920, würden wir nur 142 Millionen, anstatt 500 Millionen 1925 nur 284 Millionen erreichen. Auf der Basis seiner Berechnung würde sich eine Ausfuhr von 250 Millionen erst 1932, von 500 Millionen erst 1938, eine solche in Höhe von 600—700 Millionen erst 1943 ergeben! Deutschland bezog vor dem Krieg 3 Milliarden tropischer und subtropischer Erzeugnisse, mithin würden 142 Milliarden 1920 4¾ Proz., 284 Millionen 1925 9½ Proz. Anteil am Gesamtwert darstellen! — vorbehaltlich — und dies muß betont werden — des Einflusses der Weltmarktpreise, welche den Bestimmungsort unserer Kolonialprodukte nach anderen Richtungen als der des Heimatlandes vorschreiben können (1911 geschah dies mit 24 Proz., 1912 mit 27 Proz.) und vorbehaltlich des Erfolges unserer Anstrengungen, unseren Kolonien den vollen Schutz zu gewährleisten, der die Ueberführung der Ware sichert, und es so dem Vaterland in Zeiten der Not ermöglicht, auf die Rohprodukte seiner Kolonien zurückzugreifen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191707052-19/fragment/page=0001

Die angeführten Zahlen dürften der Kolonialsache im Licht der Rohproduktenversorgung Deutschlands keine Dienste leisten, weniger noch die sehr gewagte Theorie einer von der ganzen Welt gegen uns gerichteten „kolonialen Monopolisierung der Produktionsquellen", wenn dadurch nur der Beweis erbracht werden soll, daß wir Gefahr liefen, immer abhängiger vom Ausland zu werden, und daß allein schon der Besitz von Produktionsquellen die Rohproduktenversorgung Deutschlands sichere. Hätte nicht in diesem Kriege gerade England Vorteil aus dem angeblichen Fortschritt der Monopolisierung seiner eigenen Produktionsquellen ziehen können? Hätte es nicht zum wenigsten seinen eigenen Kolonien in bezug auf Rohproduktenlieferungen den Vorzug geben müssen? Anstatt sich aber aus den reichen Ernten Kanadas, Australiens und Indiens, die allein 19 Millionen Tonnen Weizen produzieren, zu versorgen, bezog es 1915/16 über 80 Proz. seiner Einfuhr aus Amerika, über 50 Proz. seiner Mais-Einfuhr in sieben Monaten allein aus Argentinien! Und ist und bleibt England trotz seinen ägyptischen und indischen Baumwollernten, die in demselben Zeitraum 8 424 000 Ballen lieferten, nicht abhängig von Amerika, wo es nicht weniger als 80 Proz. seiner Baumwollbedürfnisse befriedigte? Es ist schwer verständlich, wie die gedachte Monopolisierung stattfinden kann, wenn alle Uebersee-Staaten und ihre Kolonien sich untereinander in dem Verkauf ihrer Ausfuhrstapelwaren die allerschärfste Konkurrenz machen, und jeder für sich sein Absatzgebiet nicht nur in Deutschland, Europa — nein, in der ganzen Welt beansprucht. Einer derartigen Monopolisierung müßte ein politischer Zusammenschluß aller der Produktionsländer, die von einem Ausfuhrüberschuß leben, vorausgehen. Aber zu der Vielseitigkeit ihrer Interessen gesellt sich unter ihnen selbst ein nie erschlaffender Konkurrenzkampf und -neid, der sie verhindert, ihre Produktionsquellen zu einem gemeinsamen Unternehmen, besser ausgedrückt, zu einem Ring zusammenschließen, weil damit ihre individuelle Handelsabhängigkeit und ihr politisches Schicksal besiegelt wäre.

## Vorläufig nur Geldsendungen an deutsche Gefangene in Frankreich

**Berlin**, 4. Juli. (Amtlich.) Die französische Regierung hat angeordnet, daß den kriegsgefangenen und zivilinternierten Deutschen in Frankreich Nahrungsmittel und Tabak in jeder Form, Toilettenartikel und Arzneien aus Postpaketen, sowie aus den Sammelsendungen der Hilfsvereine nicht merhr ausgehändigt werden. Sie begründet die Maßregel durch die Behauptung, daß in Deutschland den kriegsgefangenen und zivilinternierten Franzosen der Inhalt ihrer Pakete vorenthalten werde. Diese Behauptung ist nicht zutreffend. Allerdings mußte eine strenge Untersuchung der an die feindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten gerichteten Pakete angeordnet werden, da in ihnen Anleitungen zur Schädigung der deutschen Ernte und anderweitige Sabotage in großer Zahl entdeckt wurde. Die durch eingehende Untersuchung der Post unvermeidlichen Verzögerungen wurden jedoch soweit als möglich behoben. Die deutsche Regierung verlangte daher von der französischen Regierung die Aufhebung ihrer willkürlichen Maßregel und ordnete an, daß bis auf weiteres den französischen Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland dieselben Arten von Waren, die von französischer Seite beschlagnahmt werden, ebenfalls vorzuenthalten sind. Wenn diese Maßregel nicht ausreicht, wird die Sperrung der bisher gesammelten Brotsendungen für französische Gefangene in Erwägung gezogen. Die Aufhebung der französischen Maßregel wird in der Presse bekannt gegeben. Bis dahin empfiehlt es sich, den kriegsgefangenen und zivilinternierten Deutschen in Frankreich anstatt der verbotenen Waren Geld zu senden.

### Fliegerleutnant Doffenbach gefallen

**Berlin**, 4. Juli. Leutnant der Reserve Doffenbach, einer unserer bewährtesten Fliegeroffiziere ist im Luftkampf gefallen.

## Der Gnadenakt Kaiser Karls im österreichischen Abgeordnetenhause

**Wien**, 4. Juli. (Abgeordnetenhaus.) Das Haus setzte die Aussprache über die Berichte des Verfassungsausschusses und des Justizausschusses über die kaiserlichen Verordnungen betr. die zeitweilige Einstellung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte und die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit fort.

Abg. Dr. Körner (Tschecheß) wies die gegen das böhmische Volk erhobene Beschuldigung des Hochverrats als Verleumdung zurück. Abg. Dobernig gab namens des deutschen Nationalverbandes eine Erklärung ab, worin hinsichtlich des Amnestie-Erlasses dem Befremden darüber Ausdruck gegeben wird, daß der Ministerpräsident als Vertreter der Krone nicht seinen Einfluß entsprechend zur Geltung gebracht habe, weshalb die Deutschen dem weiteren Verhalten der Regierung nur mit Mißtrauen entgegensehen können. Der Abgeordnete Fink gab namens der Christlich-Sozialen Vereinigung folgende Erklärung ab: Hinsichtlich des zur Verhandlung stehenden § 14 stimmen wir den Anträgen der Ausschüsse zu. Der kaiserliche Amnestieerlaß vom 2. Juli ist der Ausfluß des Gnadenrechtes der Krone, der sich der Erörterung in den verfassungsmäßigen Körperschaften entzieht. Eben darum hätte er auch nicht mit der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministers versehen werden dürfen, weil für einen Gnadenakt des Monarchen kein Minister diese Verantwortung zu übernehmen hat. Ein einziger Satz fällt aus diesem Zusammenhang heraus, nämlich jener, in welche das allerhöchste Handschreiben der Zuversicht Ausdruck gibt, daß alle Völker der Monarchie sich in gemeinsamer Arbeit zur Lösung der großen Aufgaben und der Neuordnung der Dinge zusammenfinden. Wir würdigen diese edlen Absichten unseres Herrschers, zumal durch diesen Gnadenakt Hunderte Irregeführter, auch solche, die wohl nur durch den ungeklärten Widerstreit der Meinungen ein Opfer der Ausnahmejustiz wurden, nunmehr der Freiheit wiedergegeben werden. Viele der Verurteilten allerdings tragen eine schwere Schuld, derentwegen auch kostbares Blut unserer Braven draußen geflossen ist. (Zustimmung bei den Christlich-Sozialen.) Auch diese sind nun straflos. Wir wünschen aber sehnlichst, daß trotzdem die edle Tat unseres Kaisers dem Reiche und seinen Völkern zum Segen gereiche und ihm nicht mit Undank gelohnt werde. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlich-Sozialen.) Jene gemeinsame Arbeit der Völker unseres Reiches, die der Kaiser und wir mit ihm ersehnen, mögen ehestens zur Tat werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlich-Sozialen.)

## Der Arbeitsplan des Reichstages

**Berlin**, 4. Juli. Der Aeltestenausschuß des Reichstags trat am Mittwoch nachmittag zusammen. Es wurde vereinbart, daß in der Sitzung am Donnerstag nach der Begründung der Kriegskreditvorlage durch den Reichsschatzsekretär Grafen Roedern keine Aussprache stattfinden, sondern die Sitzung abgebrochen werden soll. Die Aussprache über die Kriegskreditvorlage soll erst bei der zweiten Lesung erfolgen und mit der allgemeinen Aussprache über die äußere und innere Politik verbunden werden. Wenn diese große Debatte, in der wahrscheinlich auch der Reichskanzler das Wort ergreifen wird, beginnen soll, hängt von den Beratungen des Hauptausschusses ab, der seine Verhandlungen noch nicht beendet hat. Am Freitag sollen die Anträge des Verfassungsausschusses, soweit sie im Teilbericht des Abg. Dr. Müller-Meiningen behandelt werden, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Man rechnet damit, daß die ganze gegenwärtige Tagung Mitte nächster Woche beendet sein wird.

## Der Verfassungsausschuß des Reichstages

begann am 4. Juli die Beratung der Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts in jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen. Ein sozialdemokratischer Redner begründete einen Zusatzantrag auf Einführung der Verhältniswahl und des Frauenwahlrechts, sowie Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht auf das 20. Lebensjahr. Seine Freunde würden jedes Pluralwahlrecht ablehnen. — Ein konservativer Redner erwiderte, die Reichsverfassung gebe dem Reiche kein Recht, den Einzelstaaten eine Verfassung aufzuzwingen. Die preußische Staatsverwaltung sei im Grunde eine große Kommunalverwaltung, die auf dem Gebiete der Eisenbahn, der Schule und der Besteuerung vorbildlich gewirkt habe. Auch der Reichskanzler habe seiner Zeit die staatskluge, volksfreundliche Arbeit des preußischen Dreiklassenparlaments warm anerkannt. Alle wichtigen politischen Dinge jedoch seien heute schon Angelegenheit des Reiches. Ein Mitglied der Deutschen Fraktion meinte, es werde immer wieder vergessen, daß Deutschland im Gegensatz zu England und Frankreich kein Einheitsstaat sei. Im übrigen liege ein Bedürfnis zur Beschleunigung der Wahlrechtsreform nicht vor. Ein fortschrittlicher Redner erklärte, seine Freunde würden die übertriebenen sozialdemokratischen Forderungen ablehnen. Er legte folgende gemeinsame Entschließung beider liberalen Fraktionen vor:

„Mit der an den Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des deutschen Kaisers ist auch der Reichstag der Ueberzeugung, daß nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr ist. Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewußter Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Kriegs mitwirken, werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgang des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Hierfür aber ist eine unerläßliche Voraussetzung, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird. Dadurch werden in Staat und Reich machtvolle neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden."

Der Fortschrittler erklärte, mit formalistischen Einwendungen und Verschleppungsversuchen komme man nicht weiter, das Volk wolle den guten Willen und möglichst bald Taten sehen; es habe ein Recht, daß seine Leistungen und Opfer vollkommen anerkannt und gewürdigt würden. — Ein nationalliberaler Redner schloß sich im allgemeinen den Darlegungen des Fortschrittlers an. Die Osterbotschaft des Kaisers berühre nicht nur Preußen, sondern auch das Reich und den Reichstag. In erster Linie sei es Sache Preußens, sein Wahlrecht zu ändern. Die Erklärung an den Reichskanzler sei auch von dem Vertrauen getragen, daß die preußische Regierung und Volksvertretung ihre Aufgabe richtig erfassen und das Erforderliche tun würden. Es müsse großzügig gearbeitet werden. Ein Zentrumsredner führte aus, der sozialdemokratische Antrag sei als Eingriff in die Verfassung der Einzelstaaten abzulehnen. Die von den Nationalliberalen und den Fortschrittlern vorgelegte Erklärung bedürfe noch genauerer Prüfung und besserer Begründung. Bis dahin könnte eine bestimmte Stellungnahme des Zentrums nicht erfolgen. Redner der Konservativen und des Zentrums äußerten den Wunsch, den Fraktionen Zeit zur Aussprache über die liberale Erklärung zu geben. Daraufhin unterbrach der Ausschuß die Beratung und stellte zunächst den Teilbericht über die abgeschlossene Beratung betreffend das Wahlrecht im Reiche fest.

Nach Wiederaufnahme der Aussprache über die Wahlrechtsanträge meinte ein unabhängiger Sozialdemokrat, die liberale Entschließung führe zu keinem vernünftigen Ergebnis. Wie könne man dem heutigen preußischen Landtag die Wahlrechtsreform überlassen? — Ein konservativer Redner führte aus, im Prinzip könne er einer derartigen Entschließung zustimmen. Da aber die Einzelstaaten, namentlich Preußen, jetzt selbst bei der Reformarbeit seien, so sei die Entschließung vielleicht zwecklos. Die Osterbotschaft sei auch lediglich an Preußen gerichtet. Sie vermeide die Festlegung auf ein bestimmtes Wahlrecht. Die vermehrten Lasten würden in der Hauptsache von der Masse des Volkes getragen. Ihre Verteilung begründe also direkt ein abgestuftes Wahlrecht. Nach kurzen Ausführungen eines zweiten Zentrumsabgeordneten wurde die Erörterung beschlossen. Die Abstimmung soll am Freitag erfolgen nachdem die Fraktionen Stellung genommen haben.

## Der Hauptausschuß des Reichstages

setzte heute seine vertrauliche Aussprache über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage fort.

## Versenkt

**Kopenhagen, 4. Juli. Nach Mitteilung des Ministeriums des Aeußeren ist der dänische Schoner „Sophie" von Island nach Schottland unterwegs mit einer Ladung gesalzener Heringe am 23. Juni von einem deutschen U-Boot versenkt worden.**

**„National Tidende" zufolge trafen gestern abend die ersten beiden schwedischen Dampfer, die sich des deutschen Freigeleits bedienten, in Göteborg ein. Die Reise ist glatt verlaufen. Beide Schiffe sind mit Stückgut beladen.**

### Wegen Minengefahr gesperrt

**Rotterdam**, 3. Juli. (Privattelegramm.) Der Hafen von Glasgow ist wegen Minengefahr gesperrt worden.

# Die Russen als Kulturträger

Was russische Kultur bedeutet, ist dem Schreiber dieser Zeilen auf einer Fahrt, die ihn durch Polen bis an unsere Ostfront führte, in herzzerreißender Weise vor Augen geführt worden. Bei ihrem Rückzuge aus Polen im Sommer 1915 erhielten die russischen Heere den dienstlichen Befehl, das Land planmäßig zu verwüsten und die Bewohner mitzunehmen. Jeden Widerstand zwang der Kosak mit der Knute nieder; nur wenigen Einwohnern gelang es, sich in den Wäldern zu verbergen. Hunderttausende mußten den Zug aus der Heimat ins „heilige" Rußland mitmachen. Es gab keine Ausnahme; kein Rang, kein Stand, kein Alter wurde verschont, denn also befahl es der russische Wille in seiner Grausamkeit. Dabei blieb jeder auf sich angewiesen, denn Hilfe leistete der Russe nicht. Wer Fuhrwerk besaß, konnte fahren, bis das Zugtier fiel; dann mußte auch er zu Fuß folgen. Die Häuser wurden zerstört mit Wagen des Feuers, die zugleich über die Erntegefilde geleitet wurden. Alles ging in Rauch und Asche auf. So wurden ganze polnische Dörfer, die nur aus Holzbauten bestanden, derartig vernichtet, daß man den Platz, den sie eingenommen haben, nur noch an halbverkohlten Baumresten erkennen kann. Ein erschütterndes Bild von der menschenverderbenden Russenhand. Und die mitgebrachte Bevölkerung? Sie verdarb und starb, soweit sie die ihr zugemuteten Anstrengungen und Entbehrungen nicht aushalten konnte. An der Landstraße, die über Slonim nach Osten führt, zählt man auf einer Entfernung von wenigen Kilometern über 4000 sogenannte Flüchtlingsgräber, die Ruhestätten von elend umgekommenen Polen. Und so geht der Weg weiter bis nach Sibirien als tiefergreifende Gräberstraße.

In Brest-Litowsk sahen wir das Ergebnis russischer Kulturarbeit an einer vormals blühenden Handelsstadt von mehr als 50 000 Seelen. Nur ein paar Kirchen und wenige Häuser stehen noch unversehrt; alle übrigen, fast durchweg aus Backstein hergestellten Bauten liegen, von Russenhand zerstört, in Trümmern, gesprengt, verbrannt, vernichtet, wie wenn ein Riese mit gewaltiger Faust die Stadt zerschmettert hätte. Die Russen haben auch hier auf Befehl von oben gehandelt, der es so wollte, als die Festung fallen und die Armee sich vor unserm Hindenburg zurückziehen mußte. Modergeruch durchzieht die Straßen, Grauen ist der Eindruck, wenn man die weitausgedehnten Trümmerstätten betritt, die einst liebevoll gepflegte Wohnsitze waren, wo arbeitsame, zufriedene, glückliche Menschen hausten. Diese sind bis auf den letzten verschwunden. Nur Photographien, Kinderspielzeug, Bücher, Schreibhefte befinden sich in dem Wuste von Unrat, der den Boden bedeckt. Ein solches Heft nannte als Anfang seiner Benutzung den 15. Juni 1915. Am 26. August begann schon der Grausame Verwüstung, dem vielleicht auch die Kinderhand zum Opfer gefallen ist, die jenen Tag in das Heft eintrug.

Es lag ein wohldurchdachter Plan in dieser Aeußerung russischer „Kultur". Man wollte eine weite Strecke Land entvölkern, um, wenn man Polen wieder besetzte, Soldatenkolonien, einen festen Grenzwall, anzulegen zum Schutze des „heiligen" Rußlands. Diesem Gedanken zuliebe sollte die Urbevölkerung ausgerottet und Platz für russische Kultur geschaffen werden. Statt dessen wird nun eine neue, vielleicht wirkliche Kultur, nicht nur dort entstehen, sondern sie ist im Werden, treibt herrliche, freundliche Blüten. Tausende von Kilometern Wege, besonders Landstraßen, sind bereits gebaut, Flüsse und Ströme sind mit festen Brücken überspannt, die Eisenbahnen sind wiederhergestellt und in Betrieb gesetzt worden. Der verwüstete Acker wird nach Kräften von deutschen und österreichisch-ungarischen Feldgrauen bebaut. Neues Leben blüht hier in Wahrheit aus den Ruinen. In den Städten haben Handel und Industrie sich belebt, überall herrschen Gesetz und Ordnung in der Verwaltung des Landes. Ein schrofferer Gegensatz zur russischen Kultur ist kaum denkbar.

Man kann nur ahnen, was sich ereignet haben würde, wenn es der russischen Dampfwalze gelückt wäre, ihren Zerstörungszug auf unser Vaterland auszudehnen. Hier würden die Russen, wie ihre Spuren in Ostpreußen beweisen, zweifellos noch schlimmer gehaust haben, als in eigenem Lande. Dank dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und unsern Feldgrauen ist das verteilt. Leider wird dieses Rettungswerk in der Heimat nicht überall gebührend gewürdigt. Man denke an die Arbeitseinstellungen, die nur unsern Feinden Vorteil bringen. Schmach und Schande bedeuten sie denen, die sie erdacht, ins Werk gesetzt und gefördert haben. Nur mit Unwillen hat man an den deutschen Fronten davon vernommen. Wer die russische Kultur in ihren gräßlichen Spuren in Polen gesehen hat, dem werden auch die Klagen über die kleinen wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten, die der Krieg weniger bei uns als in feindlichen Ländern im Gefolge hat, unverständlich sein, und er wird für die Jammerlinge und Schwarzseher, die so wenig Selbstbeherrschung und Verständnis zeigen, nur ein Gefühl haben, das der Verachtung.

### Französischer Heeresbericht

Vom 3. Juli abends: Ziemlich große Artillerietätigkeit bei St. Quentin, auf dem linken Maasufer und auf der Höhe 304, sowie in der Champagne, in den Abschnitten des Cornillet- und Petonberges und östlich Coucy-le-Chateau. Bei Patrouillenzusammenstößen machten wir Gefangene, darunter einen Offizier. An der übrigen Front verlief der Tag ruhig.

Belgischer Heeresbericht: Sehr lebhafter Artilleriekampf in der Gegend von Woesten, Zieverne und Steenstraete. Ein Versuch des Feindes, den Kanal in Richtung auf Het Saas zu überschreiten, scheiterte in unserm Feuer. Mittlere Artillerietätigkeit an der übrigen Front. Ein feindliches Flugzeug wurde von unserer Artillerie zwischen Dixmuiden und Kahem abgeschossen.

Orientbericht vom 2. Juli. Beiderseits Geschützfeuer. Ein feindliches Flugzeug, das in den feindlichen Linien abgeschossen war, wurde unter Feuer genommen.

### Englischer Heeresbericht

vom 3. Jul nachmittags: Nachts unternahmen wir erfolgreiche Streifzüge westlich von Hargicourt und Nieuport, wobei wir einige Gefangene machten. Südlich des Cojeul-Flusses griff der Feind unsere vorgeschobenen Posten an; er wurde vertrieben.

Vom 3. Juli abends: In der Gegend von Ypern starke Artillerietätigkeit von beiden Seiten. Der Feind machte einen Vorstoß in unsere Gräben südöstlich von Laventie. Zwei unserer Männer werden vermißt. Die feindliche Flugtätigkeit hat in den letzten Tagen merklich zugenommen. Unsere Flugzeuge entwickelten gestern eine erfolgreiche Artillerietätigkeit. Sie machten Bombenflüge. Ein deutsches Flugzeug wurde im Luftkampf abgeschossen, zwei andere außerhalb unseres Bereiches zum Niedergehen gezwungen. Eines der unsrigen wird vermißt.

### Zum Ableben Majoresens

**Bukarest**, 4. Juli. Die Leichenfeier Majoresens fand nachmittags statt. Außer einer großen Zahl Rumänen hatten sich die österreichisch-ungarischen und deutschen Offiziere hierzu eingefunden.

### Aus Griechenland

**Bern**, 4. Juli. Lyoner Blätter melden aus Athen, ein Teil der Bureaus der neuen Regierung sollen im Königspalast untergebracht, der königliche Park in öffentliche Anlagen umgewandelt werden. General Papulos, der zur Disposition gestellt wurde, wurde durch General Kulianis ersetzt.

### Zu dem Aufruhr in St. Louis

(Illinois, Vereinigte Staaten) meldet Reuter ergänzend: 15 Neger wurden bei der Flucht aus den brennenden Häusern von Weißen getötet. Der Schaden wird auf 3 Millionen Dollars geschätzt. 300 Weiße wurden verhaftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191707052-19/fragment/page=0002

# Friedrich Thimme und die konservative Weltanschauung

Die Ausführungen Friedrich Thimmes in der „Gegenwart", in denen er sich gegen Herrn von Heydebrand wendet, verdienen, wie immer man sich auch zu ihnen stellen mag, die größte Aufmerksamkeit aller konservativen Männer. Es genügt nicht, den dort ausgesprochenen Ansichten durch Gründe entgegenzutreten, wie sie beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung" in ihrer Morgennummmer vom 27. Juni anführt, Thimme sei überhaupt nicht konservativ, sondern eher links-nationalliberal und habe auch einmal ein von anderer Seite nicht geteiltes Urteil über ein Bild abgegeben. Mit solchen Entgegnungen erweckt man vielmehr den Eindruck, als habe man sachlich überhaupt nichts oder nichts Stichhaltiges gegen Dr. Thimme vorzubringen. Leider erlaubt uns der uns zur Verfügung stehende Platz nicht, auf die sehr ausführlichen Worte Thimmes ebenso breit einzugehen; darum ziehen wir es vor, lieber aus diesen zutage tretenden Gegensätzen das praktische Fazit zu ziehen, das uns und die konservative Idee auf dem einmal eingeschlagenen Wege weiter bringt. Wir müssen es dabei vor allen Dingen vermeiden, an etwa früher ausgesprochenen Grundsätzen zu kleben, weil wir den Vorwurf der Inkonsequenz fürchten. Ebenso müssen wir aber auch darauf verzichten, Worte, die unseren konservativen Zielen entsprechen, nur deshalb abzulehnen, weil der Mann, der sie äußerte, vielleicht einmal einer anderen Partei angehört hat. Es ist ja gerade der Wunsch aller konservativer Männer, recht viel neue Freunde für unsere Idee zu gewinnen, und daß die Abwanderung aus dem linken Lager zum rechten ständig wächst, ist ebenso sicher, wie es verfehlt wäre, solche Bekehrten um ihres Gesinnungswechsels willen zu tadeln. Mag Herr Thimme einmal für national-liberale Blätter geschrieben haben — er ist heute in seinen Ansichten, soweit sie aus seinen Worten nicht bloß dieses offenen Briefes sich ergeben, konservativ und hat als solcher das Recht, an der Leitung der konservativen Partei Kritik zu üben, einerlei, ob die Kritik berechtigt ist oder nicht. Von dem, was Thimme Positives anführt, ist jedenfalls so viel richtig, daß die konservative Partei nach wie vor verpflichtet ist, die Krone und die Regierung zu unterstützen, und ein Irrtum Thimmes könnte nur insoweit festgestellt werden, als er meint, diese Unterstützung sei in der letzten Zeit nicht vorhanden gewesen. Aber das wollen wir hier gar nicht untersuchen; wir wollen nur noch einmal klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir das Heil des deutschen Volkes, das das höchste und einzige Ziel jedes konservativen Mannes sein muß, nur darin erblicken können, daß auf dem augenblicklich vorhandenen Grunde weiter gebaut wird, daß unsere bestehenden Regierungsformen in ihren Grundlagen gefestigt und derart gestärkt werden, daß sie einen gesunden Fortschritt ohne Erschütterung ertragen können. Wir sind der Ansicht, daß die Verfassung des Deutschen Reiches, so wie sie dasteht, ein Ergebnis geschichtlicher Entwicklung ist, als solches gut, aber deswegen nicht minder verbesserungsfähig, weil eben die Geschichte der Welt nicht still steht. Wir lehnen einen Parlamentarismus ebenso ab, wie wir eine Regierungsform verwerfen müssen, in der das Volk nicht seinem Werte entsprechend zu Worte gelangt. Deshalb finden wir das preußische Klassenwahlrecht genau so falsch wie das Reichstagswahlrecht, wenn wir dieses auch als eine feste, historisch gewordene Einrichtung achten, und aus gleichen Gründen müssen wir die angestrebte Herrschaft der durch die sozialdemokratische Partei vertretenen Arbeitermassen genau so verurteilen, wie jene niemals vorhanden gewesene, aber stets behauptete Junkerschaft in Preußen. Ebenso wenig, wie die Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingen darf, ist es zu ertragen, daß die Minderheit durch die Mehrheit vergewaltigt wird. Weil wir aber der Meinung sind, daß in den Forderungen der Arbeiterparteien unendlich viel Wahres steckt, werden wir vieles ohne das geringste Bedenken mit unsern konservativen Anschauungen vereinigen können. So sehen wir täglich die Kluft zwischen der konservativen Partei und jener falschen Demokratie, wie sie in unsern liberalen Parteien zutage tritt, und die nichts weiter ist als eine kapitalistische Clique, wachsen, das innere Verstehen zwischen den grundsätzlich vaterlandsfreundlichen Sozialdemokraten und den Konservativen, die den Wert der Arbeiterfragen richtig erkennen, sich stärken. Solange aber ein Teil der Sozialdemokratie das Heil des deutschen Volkes nur in einem Umsturz erblickt, solange sie Krone und Kirche ablehnt und den Gedanken der Internationalität immer noch auf ihr Programm schreibt, müssen wir uns als ihre Gegner bekennen, eine Gegnerschaft, die eine kraftvolle werden kann und werden muß, sobald das konservative Programm allen den Volksteilen, denen ihre wirtschaftlichen Nöte über den ideellen stehen, die Befriedigung gibt, die ihnen die sozialdemokratische Richtung nie bringen kann. Wir hoffen jedoch, daß die Sozialdemokratie von ihren Phrasen bald zu einer der Wirklichkeit entsprechenden und den tatsächlichen Anschauungen gerecht werdenden Politik kommt und daß ein tatsächliches Zusammenarbeiten im Interesse des Vaterlandes ermöglicht wird.

# Provinz Sachsen und Umgebung

## Beschaffung von Dauerfutter durch Kommunalverbände für das Wirtschaftsjahr 1917/18

Die Beschaffung von Dauerfutter für den kommenden Winter muß nach Möglichkeit gefördert werden. Aus diesem Anlaß soll von der Reichsfuttermittelstelle auf besonderen Antrag den Kommunalverbänden, sowie mit Zustimmung der Landesfuttermittelstellen ausnahmsweise auch den zu einem Kommunalverband gehörigen größeren Gemeinden Dauerfutter, das sie durch Dörren, Einsäuern oder auf ähnliche Weise aus Rübenköpfen, Grünfutter und dergl. erzeugen ohne Anrechnung auf die schlüsselmäßig zustehenden Mengen unter folgenden Bedingungen belassen werden:

Das Dauerfutter muß im Bezirke des Kommunalverbandes hergestellt worden sein; hat die Herstellung in einem anderen Bezirk stattgefunden, so kann es dem auftraggebenden Kommunalverband ausnahmsweise belassen werden, wenn er zuvor die Genehmigung der Reichsfuttermittelstelle eingeholt hat. Ferner dürfen die Futtermittel nur unmittelbar an die Tierhalter des eigenen Bezirks abgegeben werden, aber nicht in den freien Handel kommen. Der Verkaufspreis muß angemessen sein, er darf den Selbstkostenpreis nicht überschreiten, im Zweifelsfalle ist der von der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte auf Grund der Futtermittelverordnung vom 5. Oktober 1916 zu zahlende Uebernahmepreis als angemessen anzunehmen. Diese Preise bedürfen jedoch der Zustimmung der Landesfuttermittelstellen und müssen der Reichsfuttermittelstelle mitgeteilt werden.

## Die Hausschlachtungen im Winter 1917/18

Es ist — entgegen auftretenden Gerüchten — nicht beabsichtigt, die Hausschlachtungen während des kommenden Winters zu verbieten. Die Genehmigung hierzu kann jedoch nach § 9a Absatz 2 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 2. Mai 1917 nur dann erteilt werden, wenn der Selbstversorger ein Tier, das er nach dem 30. September 1917 schlachtet, mindestens drei Monate in seiner Wirtschaft gehalten hat.

## Der Krieg und die Krieger

— **Bernburg**, 4. Juli. (Ueber den Militärlastenfonds des Kreises Bernburg) führt der Verwaltungsbericht des Kreises folgendes aus: Die Durchführung des Reichsgesetzes über die Unterstützung von Kriegerfamilien vom 28. Februar 1888 in seiner Neufassung vom 4. August 1914 hat den Kreis als Lieferungsverband auch in diesem Jahre erheblich in Anspruch genommen. Die seit Kriegsbeginn bis 30. Juni 1916 gezahlten reichsgesetzlichen Unterstützungen an Angehörige von Kriegstellnehmern belaufen sich auf 3 696 764,68 Mark. Zur Deckung dieser Beträge ist von der herzoglichen Staatsschuldenverwaltung in Dessau ein Darlehen in Höhe von 3 562 700 Mark aufgenommen. Da dem Lieferungsverbande diese Beträge vom Reich wieder erstattet werden, erscheinen sie nicht in der Rechnung, sondern werden als Vorschuß geführt. Die Zuschüsse der Gemeinden haben vom 1. Oktober 1915 ab in der Regel 50 Prozent der Reichsunterstützung betragen. Hierauf sind den Gemeinden 66⅔ Prozent unter Anrechnung der Reichsbeihilfe von 157 609,55 Mark wieder erstattet. Der Kreisgutschuß stellte sich auf 401 040,28 Mark. Zur Deckung dieser Ausgabe ist ein Darlehn von 400 000 Mark erhoben. An bedürftige Gemeinden sind 35 700 Mark vorleihsweise ausgegeben. In verschiedenen Sitzungen hat die Unterstützungskommission über die eingelaufenen Unterstützungsanträge beraten. Von der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg ist dem Kreise ein weiterer Betrag von 21 000 Mark zur Verteilung an bedürftige Kriegerfamilien zur Verfügung gestellt. Das Rote Kreuz ist bestrebt gewesen, auch weiter die ihm obliegenden Kriegsaufgaben zu erfüllen. Nach dem letzten Jahresberichte sind insgesamt 381 500 Mark vereinnahmt und 370 920 Mark verausgabt, so daß ein Bestand von 10 580 Mark verblieben ist. Die Ausgaben sind gemacht: für Liebesgaben für Feldherr, Feld- und Reservelazarette, zur Unterstützung von Kriegsbeschädigten sowie Witwen und Waisen. Die Tuberkulosenfürsorge und Säuglingsfürsorge werden die Tätigkeit des Roten Kreuzes fernerhin in erhöhtem Maße in Anspruch nehmen.

— **Ermsleben**, 4. Juli. (Kriegervereinsjubiläum.) Am Sonntag feierte der hiesige Kriegerverein sein 50jähriges Bestehen durch Kirchgang und nachmittags durch eine Versammlung in „Stadt Berlin". Ueber der Versammlung am Nachmittag lag ein feierlicher Ernst. Nachdem der Vorsitzende das Kaiserhoch ausgebracht hatte, hielt Superintendent Bätcher eine packende Ansprache, in welcher die Bedeutung des Jubeltages, die Bedeutung eines Kriegervereins zu Kaiser und Reich in treffendster Weise gezeichnet wurde. Hierauf nahm der Verein Wischeid von seinem von hier verziehenden Ehrenmitglied Mittmeister E. Braune, dem zum Andenken zwei gezeichnete Bilder „Kaiser Wilhelm" und „Hindenburg" überreicht wurden. Die Ehrenmitglieder Rittmeister Rabe, Rittmeister Braune, Oberleutnant Erbrecht und Leutnant Boette stifteten dem Jubelverein Vargeschenke von zusammen 250 Mark. Den Schluß bildete eine Vorstellung des Lichtspieltheaters „Weiße Wand". Glückwunschtelegramme gingen ein von den Kameraden Kompagniefeldwebel Wilh. Rätzel, Halle und Sparkassenrend. mt Franz Lehmann, Gladenbach.

## Kirche, Schule, Jubiläen, Ernennungen

— **Zeitz**, 3. Juli. (Die Nachkommen Luthers in Zeitz.) Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte der Mittelschullehrer K. Braun in den „Zeitzer Neuesten Nachrichten" folgende Zusammenstellungen nach den Akten im Stifts-Kapitel-Archiv. Unter den Präbenden des Zeitzer Stiftes war eine dem Landesherrn zur Verleihung vorbehalten. Diese führte nach den früheren Markgrafen zu Meißen, den späteren Kurfürsten von Sachsen, die Bezeichnung Marchionalpräbende. Diese ist durch kurfürstliche Gnade ein Erbteil der Familie Luthers geworden. Der Sohn des Reformators Paulus Luther, geb. den 28. Januar 1533 in Wittenberg, gestorben den 8. März 1598 zu Leipzig, Dr. med. und Professor zu Jena, Leibarzt des Kurfürsten August und Christians zu Sachsen, desgleichen des Kurfürsten Joachims zu Brandenburg, erhielt 1576 die Marchionalpräbende in Zeitz (desgl. in Meißen und Wurzen). Derselbe erbittet 1581 für seinen Sohn Johann Ernst die Anwartschaft oder die Verleihung einer Präbende. Johann Ernst Luther I., geboren den 24. August 1560, gestorben am 30. November 1637 zu Zeitz, erhielt nach dem Tode seines Vaters 1608 die Präbende. Er war mit der Zeit Senior und Kustos in Zeitz geworden. Er liegt in Zeitz in der Schloßkirche bei dem Leseengel begraben, wo auch seine Gattin 1652 beigesetzt wurde. Sein Sohn Martin hat die Anwartschaft auf die Präbende erhalten, geboren 1613, gestorben vor seinem Vater 1633, desgleichen sein Sohn Joh. Ernst Luther II., gestorben 1633, und damit geht die Präbende auf Johann Martin Luther I. über, geboren den 11. November 1616 zu Zeitz, gestorben am 13. Juli 1669. Joh. Martin Luther ist Dekan zu Zeitz und Wurzen und Probst zu Meißen. Er verzichtet auf die Probstei und erhält dafür vom Kurfürsten das Gut Hobburg bei Wurzen. Er war auch Stifts-, Justiz- und Konsistorialrat in Wurzen, und viele Aktenstücke im Archiv Rev. Cap. zeigen seine eigenartige Handschrift. Am 28. Mai 1662 erbittet er für seinen Sohn Joh. Wilhelm die Anwartschaft. Der stirbt bereits am 21. Februar 1678, jedenfalls ohne den Eid abgelegt zu haben. 1672 war bereits der andere Sohn, gleichen Namens mit dem Vater, Johann Martin Luther II., eingeschrieben. Er war am 27. Juli 1663 geboren, gestorben den 9. November 1756. Er legte 1694 seinen Eid ab, wurde 1720 Kustos und später Senior. Er war der älteste Domherr in Zeitz. Er war Lizentiat und Jur. Pract. 1700 verkaufte er sein Gut Hobburg und zog nach Zeitz. Er ist da 98 Jahre alt als ältester Einwohner der Stadt gestorben und in der jetzt abgerissenen Nikolaikirche begraben. Joh. Martin Luther II. erbat für seinen Sohn Friedr. Martin Luther am 9. April 1711 die Präbende. Dieser, geboren am

---

(Nachdruck verboten.)

# Der Amateur-Detektiv

7] Roman von G. von Stockmans.

Ladenburg, der auf seinem Pferde herangekommen war und die letzte Aeußerung gehört hatte, glaubte den Verkauf durch ein gewisses Entgegenkommen sichern und beschleunigen zu müssen, und wollte etwas Dementsprechendes sagen, aber Liebig ließ ihn gar nicht zu Worte kommen, sondern meinte kühl und geschäftsmäßig:

„Bedauere, Herr Doktor, unter viertausend Mark ist meinem Freunde die Stute nicht feil. Er verkauft sie nur, weil er den Wechsel liebt und außerdem im Begriff ist, für mehrere Monate auf Urlaub zu gehen. Ein späterer Ersatz wird nicht viel billiger sein, und etwas verdienen will er natürlich auch."

„Selbstverständlich", fiel Effenberger ein, aber —"

Doch Frau Rittmeier ließ ihn nicht ausreden.

„Laß, laß", meinte sie ungeduldig. „Ich weiß ja noch gar nicht, ob ich das Pferd nehme, doch der Preis soll jedenfalls kein Hindernis sein. Das Feilschen und Handeln überlasse ich den Pferdekäufern von Profession."

Der Schwager senkte die Augen und schwieg. Dann küßte er ihr die Hand, verabschiedete sich von den anderen und ging.

Ladenburg war abgestiegen und hielt es nun für angezeigt, mit der fremden Dame ein paar Worte zu reden. Ihre letzte Aeußerung hatte ihm sehr gefallen, und außerdem war Frau Rittmeier ja eine Freundin von Frau Ruth.

Zuerst sprach man noch von der Stute und ihren vorzüglichen Eigenschaften, dann war dies Thema endlich erschöpft, und auf das Persönliche übergehend meinte er lächelnd:

„Ihr Herr Gemahl hatte es ja plötzlich sehr eilig, gnädige Frau. Er ist gewiß mit Geschäften überhäuft."

Sie lächelte ihn an. „Doktor Effenberger ist nicht mein Mann, sondern mein Schwager, Baron", sagte sie ruhig. „Ich bin schon seit einigen Jahren Witwe."

Ladenburg suchte sein Versehen zu entschuldigen, und Rose Rittmeier fand es begreiflich. Dadurch kamen sie in ein ungezwungenes, lebhaftes Gespräch, das sie einander schnell näher brachte, und im Verlauf desselben sagte sie schalkhaft: „Wissen Sie schon, daß ich mir Ihre „Zigunerin" nur angesehen habe, weil wir sozusagen Namensschwestern sind?"

Er verneinte, und sie erzählte ihm, wie sie in der Pension zu dem Spitznamen gekommen sei. Dann meinte sie lächelnd und ein wenig kokett: „So lange man jung ist, läßt man sich eine solche Bezeichnung gern gefallen. Man gilt dann wenigstens für pikant, aber eine alte Zigeunerin ist einfach eine alte Hexe, und die Betonung einer solchen Aehnlichkeit in späteren Jahren wenig erwünscht."

Nun murmelte er etwas, das ein Kompliment sein sollte, und sah sich die junge Frau zum erstenmal mit Bewußtsein an.

Rose Rittmeier war wirklich sehr dunkel und nicht eigentlich hübsch, aber sie schien klug, natürlich und temperamentvoll zu sein, und wußte lebhaft und anregend zu erzählen.

Lenz, der sich selten gesprächig zeigte und in Gesellschaft immer einige Zeit brauchte, um warm zu werden, war das ganz recht. Er ließ die junge Witwe lachen und reden und verhielt sich selbst mehr passiv, was ihr wiederum gar gefallen schien.

Ruth lud Ladenburg zum Tee ein, und die vier verlebten den ersten Abend sehr gemütlich und heiter. Die Verstimmung der Hausfrau schwand immer mehr und mehr. Mit weiblichem Scharfblick übersah sie die Lage und erkannte, daß ihren Plänen kein unübersteigliches Hindernis gegenüberstand. Lenz machte augenscheinlich Eindruck auf Rose, und den Schwager hatte sie einfach entfernt, weil er ihr unbequem wurde. Mithin besaß er auch noch keinerlei Rechte. Er hätte sich sonst nicht so ohne weiteres fortschicken lassen. Um aber ganz sicher zu gehen, klopfte Ruth am anderen Morgen ein wenig auf den Busch.

Die Gelegenheit dazu bot sich ganz von selbst. Die Herren waren im Dienst, die Damen saßen am zierlich gedeckten, reich besetzten Frühstückstisch. Strahlend hell schien die Aprisonne ins Fenster hinein, und der Duft von Veilchen und vielfarbigen Hyazinthen erfüllte den behaglichen Raum. Die Post lag auf einem Nebentisch. —

Als Frau Rittmeier gegessen hatte, griff sie nach einer Karte, die obenauf lag, und Ruth sah, daß sie als Unterschrift den Namenszug G. E. trug.

„Die ist von meinem Schwager", sagte Rose mit einem leichten Lächeln und überflog sie schnell. „Er hat sie unterwegs geschrieben. Es ist nur ein Gruß, aber ich wußte, daß er dünnlich eintreffen würde. Wenn wir getrennt sind, schreibt er jeden Tag."

„Dann seid Ihr in Berlin wohl sehr viel zusammen?" meinte Ruth.

„Natürlich", war die Antwort. „und wenn wir uns nicht sehen, sprechen wir uns am Telephon. Er hat mir immer Vorschläge zu machen oder Bericht zu erstatten, und ich wiederum habe häufig Aufträge für ihn."

„Er ist Dir sehr ergeben, wie es scheint."

„Und sehr nützlich", fügte Rose gelassen hinzu. „Für eine alleinstehende Frau, wie ich es bin, geradezu unbezahlbar. Er ist mein Adlatus nach jeder Richtung hin, begleitet mich in Theater und Konzerte, und besorgt nicht nur die Billetts, sondern auch einen Teil meiner Geschäfte.

„Und ist zufrieden mit dieser bescheidenen Kammerherrnrolle?"

Die junge Witwe lachte. „Er muß es sein, vorläufig wenigstens. Ich mache mir über meine Gefühle auch keine Illusionen. Er war vor Jahren kurze Zeit mit einer Schwester meines Mannes verheiratet, die für sehr reich galt, aber minderjährig starb und ihm kein Vermögen hinterlassen konnte. Ihre Eltern lebten noch, Kinder waren nicht vorhanden. Trotzdem ließ man ihn nicht leer ausgehen. Er bekam ein ganz nettes kleines Kapital als Ausgleich und Trost, ging damit nach Amerika und hat es dort verdoppelt und verdreifacht, die erste Enttäuschung aber nie überwunden. Die Rittmeierschen Millionen reizten ihn nach wie vor. Er glaubt immer noch, ein gewisses Anrecht darauf zu haben, und da ich, glücklicher als er, einen Teil dieser Millionen nunmehr besitze, erscheine ich ihm äußerst begehrenswert. Immer wieder läßt er die Ansicht durchblicken, daß ich vom Schicksal dazu ausersehen sei, ihn für den doppelten Verlust zu entschädigen, aber ich gehe nicht auf den Leim. Als Schwager ist er aufmerksam, gehorsam und anspruchslos, als Gatte würde er sicher selbstherrlich und unbequem werden, und ich finde noch einen anderen, der meinem Geschmack und meinen Wünschen mehr entspricht als er. Seine Persönlichkeit reizt mich nicht und sein Name noch weniger."

Ruth lächelte befriedigt. — „Wo und wann hast Du ihn eigentlich kennen gelernt. Bei Deiner Hochzeit?"

Rose Rittmeier schüttelte den Kopf. „O nein. Liebste, da war er noch in Amerika, und ich wußte herzlich wenig von ihm. Mein Mann hatte ihn nur ein paarmal flüchtig erwähnt, und ich glaube nicht, daß er ihm besonders sympathisch war. Zwei Jahre nach seinem Tode machte Effenberger mir, nachdem er sich vorher angemeldet hatte, einen Besuch, und als ich ihm erzählte, daß ich nach Berlin ziehen wollte, ebnete er mir die Wege in jeder nur denkbaren Weise. Seitdem ist er mir unentbehrlich geworden. —"

„Und wenn er plötzlich streikte, würdest Du ihn schmerzlich entbehren?"

Die junge Witwe nickte. „Gewiß, denn er hat mich maßlos verwöhnt, und ein bischen verliebt ist er wohl auch. Ich sehe ihn mehr oder weniger in bengalischer Beleuchtung."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191707052-19/fragment/page=0003

28. November 1666 zu Erfurt, starb als Bürgermeister in Zeitz bereits am 25. November 1742 vor seinem Vater. Für den zweiten Sohn Martin Gottlob Luther, geboren den 5. Juli 1707, gestorben am 8. November 1759 als Jur. Pract. in Dresden, ist keine Bewerbung vorhanden. 1744 wurde die Anwartschaft der Marchionalpräbende dem Hofrat Gärtner verliehen, in dessen Familie sie dann längere Zeit weiter erbt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie Luther waren mit der Zeit recht unerquicklich geworden. Durch Zahlungsverbindlichkeiten aus seines Stiefvaters Familie wurde Johann Martin Luther II. das recht ansehnliche Einkommen gesperrt, bis die große Schuldsumme bezahlt war. 1734 sind bereits 3385 fl. 22 gr. 1½ ₰ getilgt. Zum Lebensunterhalte blieb ihm nur die geringe Summe von 150 Talern, und von 1744 ab 200 Talern. Während der Zeit der Sperre waren andere Verbindlichkeiten entstanden, die sich bis zum Tode des alten Herrn hinschleppten. Als Betrag des Gnadenjahres erhielten die Erben 1760 im ganzen nur 67 Taler. — Mit Martin Gottlob Luther starb am 8. November 1759 der letzte männliche Nachkomme aus dem Geschlecht des großen Reformators.

### Lebens- und Genußmittelfragen

—X **Cöthen**, 4. Juli. (Die hiesige Kriegsvolksküche) wird jetzt sehr stark, fast bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, in Anspruch genommen. In den vorhandenen vier Kesseln werden täglich 600—700 Liter Essen gekocht und doch reicht diese Menge oft nicht aus, um alle Forderungen zu versorgen. Oefters müssen die Zuletztgekommenen leer ausgehen. Auch viele besser gestellte Bürgerfamilien holen jetzt ihr Mittagessen aus der Kriegsvolksküche.

### Krankheiten, Unglücks- und Todesfälle

□ **Zscherben**, 4. Juni. (Tödlicher Unglücksfall.) Der hiesige Gutsinspektor L. wollte zwei junge Zugpferde einfahren, die bisher noch nicht gezogen hatten. In der Schokkelle sitzend, geriet er auf dem Gutshofe gegen den Pfeiler der Viehbarriere, wodurch der Bedauernswerte an Brust und Kopf derartige Verletzungen davontrug, daß er schon am nächsten Tage in Halle verstarb.

### Diebstähle und andere Straftaten

**n. Cöthen**, 4. Juli. (Mit einem alten Gaunerstreich) hat ein gerissener Schwindler einen hiesigen Geschäftsmann „reingelegt". Er bot ihm eine größere Menge reinen Leinölfirnis zu 7 Mk. das Pfund an und der Handel wurde für diesen Preis abgeschlossen. Am nächsten Tage erschien der Verkäufer, der sich Landwirt Schulze aus Biendorf nannte und lieferte den in einer großen Blechkanne befindlichen Firnis ab. Die entnommene Probe war gut und der Käufer zahlte 552 Mk. dafür. Als er dann aber später die kostbare Masse umfüllen wollte, hatte er nur obenauf einige Pfund Firnis, alles andere war — reines Wasser.

### Verschiedene Nachrichten

— **Mücheln**, 4. Juli. (Erweiterte Befugnis.) Das der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen (Rhein) unterm 28. Juli 1916 verliehene Recht zur Entziehung oder dauernden Beschränkung von Grundeigentum für den Bau einer Ammoniakfabrik nebst Ammonsulfatfabrik und deren Zubehörungen, insbesondere auch von Schienenanschlüssen an die Bahnhöfe Corbetha und Merseburg, Fabrikgleisen und eines Rangier- und Uebergabebahnhofs, wird auf dasjenige Grundeigentum ausgedehnt, das zur Herstellung der der genannten Unternehmerin genehmigten Anschlußbahn von der Grube Elise II bei Mücheln über Köthschen und die Fabriken (die sogenannten Leunawerke) nach dem Staatsbahnhof Corbetha und für die hiermit zusammenhängenden Aenderungen, Erweiterungen und Ergänzungen der bezeichneten Schienenanschlüsse und anderen Gleisanlagen erforderlich ist.

√ **Vom Südharz**, 4. Juli. (Die Kultivierung uralter Obstgärten) scheint infolge der Kriegsnot hier und da schon Aufnahme zu finden. Es sollte aber noch viel, viel mehr geschehen. In den meisten Harzdörfern liegen zwischen und hinter den Gehöften umfangreiche Gartenflächen, mit oft uralten Baumbeständen, die trotz aller neuzeitlichen obstbaulichen Maßnahmen keine Erträge mehr geben wollen. Der Boden ist eben ertragsmüde für Obstkulturen. Desto mehr Nährstoffe birgt er aber noch in sich für Gemüse aller Art, das uns in dieser an Nahrungsmitteln so armen Zeit sehr not tut. Die ersten Anbauversuche in sonst ausgeruhtem Boden weisen zumeist ganz überraschende Erfolge auf, zumal da, wo die Gärten tief liegen und infolgedessen eine regelmäßige Grundfeuchtigkeit vorhanden ist.

## Die Millionenschwindlerin Meta Kupfer vor Gericht

(Fortsetzung.)

**Berlin**, 4. Juli. Die gestrige Nachmittagssitzung wurde ausschließlich mit der Erörterung zweier Gründungen ausgefüllt, die Frau Kupfer inszeniert hatte, als ihr zur Gewißheit wurde, daß sie sich aus dem drohenden Zusammenbruch nur dadurch retten konnte, wenn sie auf wirklich ehrliche Weise große Summen verdiente, wenn sie ihre Verpflichtungen den Gläubigern gegenüber erfüllen konnte. Sie hätte, wie sie behauptete, wenn diese Gründungen perfekt geworden wären, sich mit ihren Gläubigern vorläufig berglichen und die Fälschungen sofort vernichtet. Es handelt sich um die Gründung einer Elektroschmelze. An dieser war Ingenieur Dr. Marx, Düsseldorf, mit 150 000 Mk. und die Angeklagte mit 100 000 Mk. beteiligt. Die zweite Gründung war das Schmelzwerk Ferrosiliciium in Eberswiesen, an dem als Gesellschafter beteiligt waren: der Generaldirektor der Körtingwerke in Wien Alexander Cassinone, Schwiegersohn des Kommerzienrats Körting, Dr. Marx, Geh. Oberregierungsrat Boemsch, und die Angeklagte. Das Endergebnis dieser Gründung ist, daß diese gut florierte, während die Angeklagte, welche die ganzen Baranschaffungen auf die Gründungskapitalien gemacht hatte, nicht einmal daran beteiligt ist. Die beiden Hauptzeugen Dr. Marx und Cassinone sind bis jetzt noch nicht zur Stelle. Es soll deshalb der Versuch gemacht werden, durch telegraphische Anfrage in Wien bezw. durch die Polizei in Düsseldorf diese Zeugen herbeizuschaffen. Die Sitzung wurde sodann auf heute früh vertagt.

*

### Die Verhandlung gegen Frau Kupfer

wurde am Mittwoch in später Abendstunde vor dem Schwurgericht zu Ende geführt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach schwerer, nicht öffentlicher Urkundenfälschung, nach Konkursvergehen und nach Bewilligung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte hierauf eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren und 3 Monaten und 10 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre 5 Monate und 3 Tage Gefängnis und rechnete davon 5 Monate und 3 Tage auf die erlittene Untersuchungshaft an.

## Kunst und Wissenschaft

### Neue Senatoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Der Kaiser berief den Chef des Sanitätswesens des Feldheeres Generalarzt der Armee Professor Dr. v. Schjerning-Berlin, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Franz Hubert Graf v. Tiele-Winckler auf Schloß Moschen, Staatsminister v. Moeller zu Senatoren der Kaiser-Wilhelmgesellschaft zur Förderung der Wissenschaften für den Rest der bis 31. Dezember 1921 laufenden fünfjährigen Geschäftsperiode.

## Aus Halle und Umgebung

Halle, den 5. Juli

### Verträge über Lieferung von Obst und Gemüse

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst wird Verträge über die Lieferung von Aepfeln, Birnen, Pflaumen und Zwetschen voraussichtlich nicht genehmigen, solange nicht genügende Mengen an Obst für die Marmeladenfabriken und für die Kommunalverbände durch Lieferungsverträge der Reichsstelle für Gemüse und Obst sichergestellt sind. Werden derartige Verträge, die nur die Provinzialstellen für Gemüse und Obst, nicht Kommunalverbände, Kommissionäre der Reichsstelle, Kreisstellen für Gemüse und Obst abschließen dürfen, nicht über genügende Mengen abgeschlossen, so muß mit der Beschlagnahme des Obstes gerechnet werden. Die Gemeinden werden besonders darauf hingewiesen, daß sie sich mit Aepfeln, Birnen, Pflaumen und Zwetschen nicht selbst ohne Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst eindecken dürfen, auch nicht durch Abschluß von Verträgen, durch die sich Erzeuger oder Obstpächter verpflichten, das Obst innerhalb bestimmter Gemeinden zum Verkauf zu stellen.

Nach diesen Anordnungen werden sich allerdings für die freie und ebenso für die vertragsmäßige Versorgung der Gemeinden noch mancherlei Schwierigkeiten ergeben. Der Verbraucher selbst aber wird wieder die alte und doch leider immer neue Erfahrung machen müssen, daß für ihn von dem ganzen Obstsegen nichts übrigbleiben wird, denn alles Obst wird in den Marmeladenfabriken verschwinden — oder sonst wohin. Und auch die Erfahrung ist nicht mehr neu, daß man vorher alles mögliche verspricht und nachher kommt es immer anders. Wir glauben uns recht zu erinnern, daß seinerzeit dem Verbraucher der Appetit nach künftigem Obst durch die Zusicherung gestärkt worden ist, daß er durch Abschlüsse mit dem Obsterzeuger sich in den Besitz von Aepfeln, Birnen, Pflaumen usw. zu setzen vermöchte. Diese Zusicherung verschwindet wie eine Luftspiegelei dem Blick des Verbrauchers und an ihre Stelle tritt in greifbarer Tatsächlichkeit die Beschlagnahme. Wozu erst trügerische Hoffnungen erwecken? Man stelle den Verbraucher — das sind wir alle — von vorneherein vor die harten Notwendigkeiten, wie sie sich dann doch einzustellen pflegen, und man spart dem Bürger Zeit, unnützen Aufwand und Aerger. Wer aber sich noch einmal an dem Anblick von Obst laben will, der wandere hinaus, dahin, wo es wächst und solange es wächst. Ist es abgeerntet, dann lebe er von freundlichen Erinnerungen. m—r.

*

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst gibt unter dem 29. Juni 1917 folgendes bekannt:

„Der Handel mit Obst ist mit Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst im Königreich Bayern, im Königreich Württemberg, im Großherzogtum Baden und im Großherzogtum Hessen dahin eingeschränkt, daß die Ausfuhr nur durch Vermittelung der in diesen Bundesstaaten bestehenden Landesstellen für Gemüse und Obst stattfinden darf. Jeder Händler muß daher, um Obst aus einem der genannten Bundesstaaten ausführen zu können, bei der zuständigen Landesstelle die Genehmigung hierzu erwirken."

### Strenge Bestrafungen in der Schuhindustrie

Dem Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie ist durch gesetzliche Anordnung die Aufsicht über sämtliche Fabrikationsbetriebe übertragen worden. Zur Durchführung dieser Aufsichtsbefugnis ist ihm das Recht eingeräumt worden, Verstöße von Schuhfabrikanten gegen gesetzliche Bestimmungen oder die Anordnungen der in Frage kommenden Kriegsorganisationen zu bestrafen. Das ist schon mehrfach geschehen. Der Ausschuß hat eine bedeutende Fabrik von dem Gewinn für ein Jahr deshalb ausgeschlossen, weil die Fabrik Ledermengen, die sie für Militärschuhwerk bezogen hat, zu anderen Zwecken verwendet hat. Die Strafe bedeutet für die Firma einen Verlust von ungefähr 60 000 Mark. Weiter wurde ein Fabrikant, der beschlagnahmtes Leder veräußert hat, auf ein Jahr von dem Gewinn ausgeschlossen. Ein Fabrikant, der Schuhwaren unter Umgehung der Gesellschaft, der er angehört, veräußert hat, wurde für ein Jahr von dem Gewinn ausgeschlossen; schließlich wurde eine Fabrik, die ihr zugeteilte Lederkarte abgeändert hat, auf ein halbes Jahr von dem Gewinn ausgeschlossen. In sämtlichen Fällen wurde außerdem die Staatsanwaltschaft mit der Sache befaßt.

— **Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften**, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, Donnerstag, den 5., Freitag, den 6., Sonnabend, den 7. und Montag, den 9. Juli bei den von ihnen gewählten Großhändlern die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Südfrucht-Marmelade abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

— **Telegraphenlinie zwischen Halle und Tornau.** Die Kaiserliche Ober-Postdirektion in Halle gibt bekannt, daß der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Straße von Halle nach Tornau bei dem Kaiserlichen Postamt 1 in Halle öffentlich ausliegt.

## Landwirtschaftliches

### Landleute, achtet auf die Kriegsgefangenen!

Mit immer neuen Mitteln versuchen die in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen unsere Ernte zu schädigen. Ein Hofbesitzer in einem Dorfe in der Nähe Hannovers faßte kürzlich einen mit Legen von Rüben beschäftigten französischen Gefangenen dabei ab, als dieser Rüben statt senkrecht wagerecht in das Erdreich legte, wodurch sie natürlich dem Verderben anheimfielen. Dabei hatte dieser Biedermann kurz vorher noch nach Hause geschrieben, daß ihm seine Angehörigen keine Lebensmittel senden möchten, da er hier ausreichend ernährt würde.

## Börsen- und Handelsteil

### Devisenkurse

**Berlin**, 4. Juli. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

| | Geld | Brief |
|---|---|---|
| Holland | 274¾ | 275¼ |
| Dänemark | 189¼ | 190 |
| Schweden | 199¼ | 199¾ |
| Norwegen | 193¾ | 193¼ |
| Schweiz | 131¾ | 131⅞ |
| Oesterreich-Ungarn | 64.20 | 64.30 |
| Bulgarien | 80¼ | 81¼ |
| Konstantinopel | 20.25 | 20.35 |
| für ein türkisches Pfund | | |
| Spanien | 125¼ | 126¼ |
| für 100 Pesetas | | |

### Börsenstimmungsbild

**Berlin**, 4. Juli. Der Börsenverkehr ließ eine weitere Einschränkung erkennen. Bedeutende Kursbewegungen kamen sich daher nicht entwickeln. Der Stand von gestern blieb bei unbeweiter fester Grundstimmung im allgemeinen gut behauptet. Zu ansehnlich gebesserten Kursen wurden auch rheinische Kali-Rockmuser umgesetzt. Ferner stellten sich Oberschlesische Eisenbedarf, Deutsche Erdöl, Berg, Thale, Eisenhütte und Silesia höher. Russische Werte zeigten gegen gestern keine Veränderung. Türkische Lose waren begehrt. Deutsche Anleihen blieben behauptet, in 3½prozentigen fanden etwas größere Umsätze statt.

### Produktenbericht.

**Berlin**, 4. Juli. Nach den Niederschlägen der letzten Tage ist das Wetter wieder trocken und warm geworden. Das Anpflanzen der Rüben schreitet rüstig vorwärts. Roggen ist in einigen Teilen der Mark bereits geschnitten, so daß die Mähfrucht voraussichtlich bald mit neuen Zufuhren rechnen können. In hiesiger Verkehr ist kaum etwas geändert. Saatwicken in guter Qualitäten waren von der Bezugsvereinigung gut gefragt. Lupinen, Serradella und Spörgel zur Saat waren andauernd begehrt, doch beeinträchtigt knappes Angebot das Geschäft. Heu wird in neuer Ernte stark begehrt. Der Preis steht dem für alte Ware ungefähr gleich.

— **Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G.** In der am 4. d. Mts. mittags im „Hotel Stadt Hamburg" zu Halle abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurde der Geschäftsbericht für 1916/17 anstandslos genehmigt, dem Vorstand wie Aufsichtsrat Entlastung erteilt und der Reingewinn wie folgt verteilt: Kriegsgewinnrücklagen 212 000 Mk., Reservefonds 46 922,57 Mk., Rückstellung für Talonsteuer 2700 Mk., Tantième dem Vorstand 23 078,16 Mk., 4 Proz. Dividende 108 000 Mk., Tantième des Aufsichtsrat 31 160,32 Mk., 9 Proz. Superdividende 243 000 Mk., Tantièmerückstellung für den Vorstand 24 440,81 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 4167,75 Mk., zusammen 695 469,61 Mk. In den Aufsichtsrat wurden die Herren Kommerzienrat C. Colberg-Halle (stellvertr. Vorsitzender) und Kaufmann H. Lindemann-Magdeburg wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Herrn Regierungsbaumeister Hoschele-Halle Herr Oekonomierat Koch-Gr.-Kahna neugewählt in den Aufsichtsrat. Die Dividende wird sofort ausgezahlt. Nachdem gab Herr Direktor Moering noch einige kurze Mitteilungen über die Ernteaussichten für dieses Jahr. Sofern die durch die Nematoden befallenen Rüben ausscheiden, ist eine gute Rübenernte zu erwarten, desgleichen die Kartoffeln, die sich gut entwickelt haben.

— **Aus der Zement-Industrie.** In der Generalversammlung der Portland-Zementwerke Schwanebeck in Schwanebeck bemerkte der Vorsitzende, Konsul Marx, hinsichtlich der Geschäftslage, daß die Zement-Industrie in diesem Jahre günstiger gestellt sein werde, da eine den erhöhten Unkosten entsprechende Preiserhöhung eingetreten sei. Voraussichtlich dürfe für das laufende Jahr ein besseres Ergebnis erwartet werden. Die Besserung der Lage für die Zement-Industrie habe an der Börse eine lebhafte Nachfrage nach Zementaktien hervorgerufen. Es müsse aber berücksichtigt werden, daß die Verhältnisse noch durchaus undurchsichtig sind und daß man nicht wisse, ob die schwierigen Betriebs- und Transportverhältnisse nicht noch eine Verschärfung erfahren werden. Eine zuverlässige Prognose kann daher nicht gestellt werden. (Bei der Portl.-Zementfabrik Drachenberg erhöhte sich z. B. 1916 der Verlustvortrag von 601 550 Mk. auf 806 550 Mk.)

— **Zementhandel.** Nach der nunmehr erfolgten Preiserhöhung für Zement durch die Werke werden Anfang nächster Woche Vertreter des Handels und der Produzenten zu einer Sitzung zusammentreten, um über eine Heraufsetzung der Preise für den Zementhandel zu beschließen. Die Händlerwünsche gehen, wie berichtet wird, dahin, daß außer den bestehenden Rabattsätzen eine Händlervergütung von 25 Mk. pro Zentnersendkilowaggon gewährt wird.

— **Zinkhüttenverband.** In der in Berlin abgehaltenen Sitzung des Verbandes wurde eine Preisänderung nicht vorgenommen, nachdem seitens der Behörde erst vor kurzem eine Erhöhung der Preise von Fall zu Fall genehmigt worden ist. Die Frage einer weiteren Ausgestaltung der Produktion wurde eingehend erörtert. Danach ist mit einer steigenden Erzeugung zu rechnen. Die Nachfrage wurde als außerordentlich stark bezeichnet.

## Letzte Telegramme

### Elsaß-Lothringen

**Berlin, 5. Juli. Im Ausschuß der französischen sozialistischen Partei warnte der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete Weil davor, sich auf eine Abstimmung in Elsaß-Lothringen über die Zugehörigkeit des Landes einzulassen. Eine solche Abstimmung könne leicht zur Folge haben, daß Elsaß-Lothringen als französisches Kriegsziel ausscheide.**

### Englands Rücksichtslosigkeit

**Berlin, 5. Juli. Wie das „B. T." sich aus dem Haag melden läßt, sprechen die Blätter ganz offen aus, daß auf englischer Seite Beweise von jener Rücksichtslosigkeit vorlägen, die man sonst dem Geiste des deutschen U-Boot-Krieges vorgeworfen habe. Ob eine bestimmte Maßregel die Lebensmöglichkeit eines neutralen Landes ernstlich bedrohe, habe für die britische Admiralität wenig Gewicht.**

Zu den Anzeichen von einem sich in England vollziehenden Stimmungswechsel sagt die „B. Z.", sie die veränderte Haltung des Blattes John Bulls hinzuzurechnen, das bisher eines der ersten nationalistischen Hetzorgane gewesen und nun in das Lager der Opposition übergegangen sei.

### Meutereien in der russischen Ostseeflotte

**Berlin, 5. Juli. In der russischen Ostseeflotte sollen neuerdings wieder starke Meutereien vorgekommen sein, und im italienischen Heere wurde von meuternden Truppen der 10. Mann erschossen.**

### Die russische Offensive an der Südwestfront

**Petersburg**, 4. Juli. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet, nach den der vorläufigen Regierung zugegangenen Nachrichten entwickle sich die Offensive an der Südwestfront durchaus günstig.

### Die Amsterdamer Kartoffelkrawalle

**Berlin, 5. Juli.** Kennzeichnend für die politische Bedeutung der Amsterdamer Kartoffelkrawalle ist es, wie „B. Z." daß unter den Agitatoren, die die Volksmenge aufhetzten, sich mehrere Agenten des berüchtigten Anti-Schmuggelbureaus bei „Telegraaf" befunden hätten.


**3. Reformations-Gedächtnisvortrag in der Marktkirche**

Am Donnerstag, den 5. Juli, abends 8½ Uhr gedenkt Herr **Generalsuperintendent D. theol. Gennrich** zu sprechen über

**„Luther, als Schöpfer des evangel. Gottesdienstes und Kirchenliedes".**

Der Eintritt ist frei. Alle Glaubensgenossen sind dazu eingeladen.



**Verantwortlich:**

für den politischen Teil: Dr. Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil i. V.: G. Wagner; für Oertliches, Landwirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: H. Mieschner; für den übrigen Teil: Dr. Simon; für den Anzeigenteil: O. Kretzbohm, sämtlich in Halle.

**Alle Zuschriften in Bezugs- und Anzeigenangelegenheiten sind nur an die „Geschäftsstelle der Hallschen Zeitung" zu richten, dagegen die Schriftleitung betreffende Zuschriften nur an die „Schriftleitung der Hallschen Zeitung".**

**Bei unverlangt eingesandten Manuskripten übernimmt die Schriftleitung keinerlei Gewähr für Aufbewahrung oder Rücksendung.**



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191707052-19/fragment/page=0004